



## RATSBRIEF

Nachrichten für Ratsmitglieder und Bürgermeister im NSGB

Nr. 8/2023 vom 01.12.2023

### Flüchtlingsfinanzierung



Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder sowie der Bundeskanzler haben sich mit Beschluss vom 07.11.2023 auf folgende Punkte in dem seit Monaten bestehenden Konflikt zur Asylpolitik und insb. zur Finanzierung der Migration geeinigt:

Die bisherige Flüchtlingspauschale des Bundes (für 2024 bisher: 1,25 Mrd.) soll ab dem nächsten Jahr zu einer von der Zahl der Schutzsuchenden abhängigen Pro-Kopf-Pauschale weiterentwickelt werden ("atmendes System"). Ab 2024 zahlt der Bund für jeden Asylerstantragssteller eine jährliche Pauschale von 7.500 Euro.

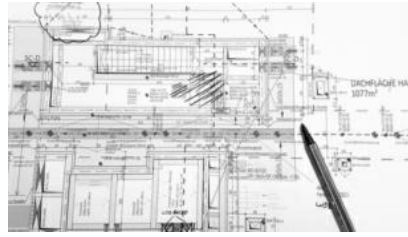
Der Bund leistet Anfang 2024 zunächst eine Vorauszahlung von insgesamt 1,75 Mrd. Euro an die Länder und wird im Folgejahr, also 2025, eine Spitzabrechnung vornehmen. Bei einer angenommenen Anzahl von Geflüchteten mit Erstantrag i. H. v. 330.000 Menschen hätte der Bund dann insgesamt 2,5 Mrd. Euro für 2024 zu leisten.

Das Land Niedersachsen plant nun den bisher in den Haushalt 2024 eingestellten Betrag von 119 Mio. Euro um 115 Mio. Euro aufzustocken und diesen zusätzlichen Betrag den Kommunen vollständig zur Verfügung zu stellen. Die zusätzlichen Mittel sollen nach noch mit den Kommunen abzustimmenden Kriterien verteilt werden. Hierzu wird die AGKSV Anfang 2024 mit dem Land in Verhandlungen treten. Die als Kopfpauschale nach § 4 (Nds.) Aufnahmegesetz und die nach § 89d Abs. 1 SGB VIII für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) bereitgestellten Mittel werden weiter unverändert vom Land geleistet.

Die Weitergabe der zusätzlichen Mittel an die Kommunen ist sehr zu begrüßen, jedoch haben wir auch verdeutlicht, dass diese Mittel nicht das Problem lösen werden, im kommenden Jahr – der Annahme entsprechend – erneut über 30.000 Flüchtlinge in Niedersachsen unterzubringen. Hier wird es nicht um die finanziellen, sondern die faktischen Möglichkeiten gehen.

## Planungs- und Beschleunigungspakt

Im Rahmen des MPK-Treffen am 06.11.2023 im Bundeskanzleramt haben Bund und Länder ein Paket zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung beschlossen. Ziel der Vereinbarung ist es, dass bürokratische und rechtliche Hürden zur Realisierung von wichtigen Infrastrukturprojekten kurzfristig abgebaut werden.



Das Paket, das Kernstück des sog. Deutschlandpakts sein soll, umfasst etwa 100 Maßnahmen, unter anderem im Bereich von Autobahnen und Zugtrassen, beim Wohnungsbau, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und beim Aufstellen von Mobilfunkmasten. Der MPK-Beschluss und das Papier sind mit unten stehendem Link abrufbar.

Während Maßnahmen zur Entbürokratisierung sinnvoll sind, enthält der Pakt aus kommunaler Perspektive zum Teil kritisch zu beachtende Maßnahmen, wie bspw. die Suspendierung von Kfz-Stellplatzverpflichtungen oder Genehmigungsfiktionen. Insoweit bleibt abzuwarten, wann und mit welchem konkreten Inhalt Bund und Länder einzelne Gesetzesvorschläge tatsächlich vorlegen werden. Ein genauer Zeitplan ist noch nicht bekannt.

[MPK-Beschluss](#)

## Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträger:innen



Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus beim BKA hat uns in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene mitgeteilt, dass das „Kommunale Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträger:innen und Amtsträgern“ (KoMo) nunmehr in die fünfte Befragungsrunde geht.

Bis zum 15.01.2024 können haupt- und ehrenamtliche Amtsträger:innen an der Umfrage teilnehmen. Das BKA und die kommunalen Spitzenverbände würden sich sehr freuen, wenn Sie sich etwa 10 bis 15 Minuten Zeit nehmen würden, um an der Umfrage teilzunehmen, und zwar auch dann, wenn Sie aktuell weniger oder gar nicht von einem Anfeindungs geschehen betroffen sein sollten.

[Hier geht es zur Umfrage](#)

## Ländliche Räume: Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)

Der DStGB hat einen "Masterplan Ländliche Räume" veröffentlicht, in dem er Positionen zur Stärkung der ländlichen Räume aufführt. Die Entwicklung von Städten und Gemeinden auf dem Land muss zukünftig übergreifend in allen Politikfeldern als Fokusthema mehr Beachtung finden. Gerade in zukunftsentscheidenden Bereichen wie der Energie- und Klimawende zeigt sich, dass Deutschland auf handlungsstarke Kommunen in den ländlichen Räumen angewiesen ist. Der DStGB hat einen "Masterplan Ländliche Räume" veröffentlicht, in dem er Positionen zur Stärkung der ländlichen Räume aufführt. Die Entwicklung von Städten und Gemeinden auf dem Land muss zukünftig übergreifend in allen Politikfeldern als Fokusthema mehr Beachtung finden. Gerade in zukunftsentscheidenden Bereichen wie der Energie- und Klimawende zeigt sich, dass Deutschland auf handlungsstarke Kommunen in den ländlichen Räumen angewiesen ist.



Der Masterplan gliedert sich in zwölf thematische Kapitel und adressiert somit vielfältige Politikfelder. Hierzu gehören Regional- und Strukturförderung, Mobilität, Energiewende, Digitalisierung, Wohnraumpolitik, Klima- und Naturschutz, Waldschutz, EU-Förderung, Ehrenamt, Tourismus, Integration sowie Gesundheitsversorgung. Der Fokus liegt dabei stets auf den spezifischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen in der Fläche.

Masterplan DStGB

## Neue kommunale Partnerschaften mit Serbien



Für die niedersächsischen Jugendlichen eines kommunalen Austauschs mit Serbien war es spannend zu hören, dass ihre Samtgemeinde Bersenbrück zu den Vorreitern beim Ausbau von Städtepartnerschaften zum Beitrittskandidaten Europas gehört. Carsten Meyer-Wiefhausen, Ständiger Vertreter der deutschen Botschafterin in Serbiens Hauptstadt Belgrad, berichtete der Jugendgruppe und ihrem Leiter Dr.

Željko Dragić bei einem Empfang, dass es bundesweit nur knapp zehn Partnerschaften auf kommunaler Ebene gäbe. Bersenbrück und seine Partnergemeinde Ruma sind damit in einem illustren Kreis mit Dortmund und Novi Sad sowie München und Subotica.

Für Historiker Dragić, der sich seit dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien mit mehreren Vereinen ehrenamtlich für humanitäre Hilfe, Jugendaustausch und europaweite Beziehungen einsetzt, eine Information, die ihn elektrisierte. Als Vertreter des Vereins „Brücken bauen e.V.“ besprach er das Thema umgehend mit Milan Novaković, Regionspräsident der Süd-Batschka in Novi Sad. Umgehend signalisierten zwei dortige Kommunen Interesse, mit deutschen Gemeinden in Kontakt zu treten. Da Dragić bereits die Beziehungen Ruma und Bersenbrück sowie Langenhagen zum bosnischen Bijeljina auf den Weg gebracht hat, bekam er von Novaković Rückenwind, für weitere Verbindungen zu werben.

Niedersächsische Kommunen, die ebenfalls Interesse haben, sich mit einer Partnerschaft für ein neues Europa einzusetzen, können sich bei Dr. Željko Dragić unter [zeljkoshalom@aol.com](mailto:zeljkoshalom@aol.com) oder Tel.: +49 173 606 54 38 informieren.



Die Niedersächsische Gemeinde digital

## Fortbildungen für Ratsmitglieder



Die Kommunalakademie des NSGB bietet umfangreiche Fortbildungen für alle neuen und alten Ratsmitglieder und Bürgermeister\*innen an. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das Kommunalrecht, Haushaltsrecht und das Baurecht gerichtet. Aber auch "Softskills" sind dabei.

[Hier geht's zu den Seminaren](#)

Herausgeber: NSGB.  
Der Ratsbrief wird an alle Ratsmitglieder der Mitgliedsgemeinden im NSGB versandt. Wenn Sie den Ratsbrief zukünftig nicht mehr erhalten wollen, klicken Sie bitte hier auf

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund  
Arnswaldtstraße 28  
30159 Hannover  
[www.nsgb.de](http://www.nsgb.de)  
©2017 NSGB. Nur für Mitglieder.

[AUSTRAGEN](#)